

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: LAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 895 bis 899:

~~Um die nötige Kompetenz für eine umfassende Staatsmodernisierung aufzubauen, wollen wir den GovTech-Sektor deutlich stärker fördern. Damit digitale Lösungen auch langfristig unabhängig und sicher funktionieren, setzen wir uns – wo schnell möglich – für europäische Lösungen ein und stärken den Einsatz von Open-Source-Anwendungen. So bleiben wir handlungsfähig und sparen Kosten.~~

Im weiteren Ausbau müssen wir verstärkt die digitale Lieferkette des Staates betrachten. Wo Daten der Bürger*innen in der Cloud gespeichert werden, darf kein außereuropäischer Technologieanbieter auf sie zugreifen können. Wo die Verwaltung Software einsetzt, sollen keine Abhängigkeiten entstehen, die den Staat erpressbar machen. Durch Souveränitäts-Checks für alle Landesbehörden wollen wir Schwachstellen identifizieren und konkrete Szenarien für einen Umstieg auf selbstbestimmte Lösungen erarbeiten. Bis 2029 muss ein Open-Source-Anteil von mindestens 70 % bei Vergaben der öffentlichen Hand erreicht werden. So machen wir unsere Infrastruktur resilient gegen Angriffe im digitalen Raum, stärken die heimische IT-Wirtschaft und den GovTech-Sektor und senken Kosten.

Begründung

Die Verwaltung ist das Betriebssystem unserer Gesellschaft. Ein Staat, der einfach funktioniert, schafft Vertrauen und Planungssicherheit für BürgerInnen und Unternehmen.

Umso wichtiger ist es, dass dieser Staat mit seinen Ministerien, Behörden und Ämtern möglichst unabhängig von externen Faktoren arbeitet. Abhängigkeiten, die wir als Land bisher billigend in Kauf genommen haben, sind in ihrem Risikograd stark gestiegen. So wie mit dem Wandel Russlands die Abhängigkeit von russischem Gas nicht mehr hingenommen werden konnte, stehen wir heute vor einer neuen Zäsur:

Wir können es uns ökonomisch und politisch nicht mehr leisten, überwiegend digital fremdbestimmt von außereuropäischen Technologieanbietern zu sein.

Schon heute können US-Amerikanische Behörden ohne vorherige Genehmigung auf Daten zugreifen oder den Zugriff auf Daten unterbinden, die von US-Unternehmen gespeichert sind - unabhängig davon, ob diese Daten auf Servern in den USA oder außerhalb der USA gespeichert sind.

Das betrifft zum Beispiel Daten von Microsoft, Google, Amazon Web Services oder Apple – auch dort, wo die Verwaltung ihre Dienstleistungen einkauft und auf Servern in Europa betreiben lässt. Eine Vielzahl von Verwaltungsprozessen und Bürgerservices basieren ganz oder in Teilen auf solchen Technologien. Die über 50.000 Standardarbeitsplätze der Mitarbeitenden der Landesbehörden in Baden-Württemberg bestehen zu großen Teilen aus Microsoft-Anwendungen.

In dieser Konstellation sitzt unser Land auf einem Pulverfass. Technologiefirmen werden immer häufiger als Werkzeuge eingesetzt, um politische Interessen anderer Länder durchzusetzen. Auch eine gezielte Einflussnahme bis hin zu Systemausfällen sind nicht ausgeschlossen. Sollten die Hersteller Updates aussetzen, wäre Software - auch auf europäischen Servern - maximal wenige Monate noch einsatzfähig. Die Autonomie und Handlungsfähigkeit unserer staatlichen Akteure steht hier auf dem Spiel.

Gleichklang mit [BDK-Antrag](#) "Digitale Souveränität stärken: Unsere Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie schützen!" zum Thema Open-Source-Quote.